

Referat Familie

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder der Fachgruppe Familie,

mit diesem Newsletter erhalten Sie Informationen des Referats "Familie" des PARITÄTISCHEN Landesverbandes Baden Württemberg. Zum direkten Aufrufen der Beiträge ist eine Anmeldung im internen System unserer Homepage notwendig.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung bezüglich des Informationstransfers und nehmen Ihre Vorschläge, Anmerkungen oder aber auch Kritik jederzeit gerne entgegen.

Wir wünschen Ihnen eine schöne und erholsame Sommerzeit und freuen uns auf weiterhin gute Zusammenarbeit.

Feray ?ahin

Aus der Landesebene Gesellschaftsreport 2019

Im Rahmen der Familienberichterstattung des Landes wird der bisherige Fokus auf »Familie« mit dem »GesellschaftsReport BW« um gesellschaftlich relevante Themen wie beispielsweise Migration und Integration, Armut und Reichtum oder Pflege und Gesundheit erweitert. Die Reports informieren Politik, Wissenschaft und Praxis fortlaufend und schaffen so eine wissenschaftlich fundierte Grundlage für zukunftsorientierte Entscheidungen. Die Ausgaben 2019 beschäftigen sich mit den Themen politische und gesellschaftliche Teilhabe von Armutsgefährdeten bzw. mit der Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BaWü. Die Berichte können auf der Website des Statistischen Landesamtes eingesehen und heruntergeladen werden.

[»weiter zum Beitrag](#)

Neue VwV Stärke

In der Sitzung der Projektgruppe am 04.07. hat das Sozialministerium das neue Stärke Landesprogramm vorgestellt. Die Rahmenkonzeption Familienbildung, die im Netzwerk Familienbildung im Landesfamilienrat erarbeitet wurde, stellt eine wichtige Grundlage für das Programm dar. Die Verteilung der Fördermittel erfolgt seit 2019 nicht mehr anhand der Geburtenzahlen, sondern soll sich am Bedarf orientieren. Hier wird für die folgenden Jahre eine höhere Ausnutzung der Landesmittel erwartet. In den vorhergehenden Förderphasen wurden durch die strikte Regelung der Mittelverteilung anhand der Geburtenzahlen beträchtliche Fördermittel nicht abgerufen und sind dadurch verfallen. Die Fördermittel werden in 2019 nun in einer ersten Runde auf die Jugendämter verteilt. Dabei müssen, aufgrund des hohen

Antragsvolumens, Kürzungen vorgenommen werden. Bei einer zweiten Verteilrunde besteht die Möglichkeit zur Umverteilung. Die VwV und weitere inhaltliche Informationen finden Sie auf der Website des KVJS.

[» weiter zum Beitrag](#)

Titel

[» weiter zum Beitrag](#)

Aus der Bundesebene

Starke Familien Gesetz

Am 1. Juli 2019 ist das Gesetz zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags und der Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Starke-Familien-Gesetz) mit der ersten Stufe in Kraft getreten. Der Kinderzuschlag für Familien mit kleinen Einkommen wird neu gestaltet und die Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder und Jugendliche werden verbessert. Das Gesetz tritt in mehreren Stufen zu verschiedenen Zeitpunkten in Kraft. Den Gesetzestext, sowie Informationsmaterial zu den einzelnen Leistungen gibt es auf der Seite des BMFSFJ.

[» weiter zum Beitrag](#)

Starke Familien Checkheft

Das Checkheft gibt einen schnellen Überblick auf die Familienleistungen des Bundes. Es ist übersichtlich und einfach erklärt. Die wichtigsten Informationen können herausgetrennt werden. Sie können das Checkheft online einsehen bzw. auf der Website des Bundesfamilienministeriums bestellen.

[» weiter zum Beitrag](#)

Kinderzuschlag

Mit dem Starke-Familien-Gesetz wurden Verbesserungen beim Kinderzuschlag beschlossen. Ziel des Gesetzes ist es, insbesondere Familien mit kleinen Einkommen wirksamer vor Armut zu schützen, den Bedarf von Kindern zu sichern und dafür zu sorgen, dass sich auch bei kleinen Einkommen Erwerbstätigkeit lohnt. Zu diesem Zweck wird der Kinderzuschlag erhöht und neugestaltet sowie die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets verbessert. Die Verbesserungen beim Kinderzuschlag werden in zwei Schritten – zum 1. Juli 2019 und zum 1. Januar 2020 – umgesetzt. Familien mit Kinderzuschlag haben zusätzlich Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe sowie ab dem 1. August 2019 auf eine Befreiung von den KiTa-Gebühren. Das Merkblatt zum Kinderzuschlag kann auf der Website des

Bundesfamilienministeriums heruntergeladen werden.

[»weiter zum Beitrag](#)

Giffey startet Regenbogenportal

Das Mit dem Ziel, Unwissen, Vorbehalte und Diskriminierung abzubauen, Akzeptanz, Gleichstellung und ein respektvolles Miteinander zu fördern, hat das Bundesfamilienministerium das neue Regenbogenportal ins Leben gerufen. Das Portal liefert Aufklärung und passende Beratung und erleichtert interessierten Nutzer*innen den Zugang zu fachlich fundierten Informationen. Denn nur mit Wissen können Vorurteile abgebaut und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Um einen möglichst großen Kreis von Menschen zu erreichen, sind die wesentlichen Inhalte der Seite in Englisch, Französisch, Spanisch, Türkisch und Arabisch sowie in leichter Sprache verfügbar. Das Bundesfamilienministerium finanziert das Regenbogenportal zunächst bis Ende 2020 mit knapp 1 Million Euro.

[»weiter zum Beitrag](#)

Armutskongress 2019

Auf der Webseite des Gesamtverbandes steht Ihnen die Dokumentation des Armutskongresses zur Verfügung. Dort finden Sie Fotos, Videomitschnitte der Vorträge von Herrn Prof. Dr. Prantl, Dr. Holm, Prof. Dr. Kohlrausch und Dr. Schneider, einen Kongressfilm sowie Kurzprotokolle der Impulsforen. Die Videos finden Sie außerdem auf dem YouTube-Kanal: <https://www.youtube.com/channel/UC2yzvCszWF7iIV5HIFOPhNA>

[»weiter zum Beitrag](#)

Bündnis 90/Die Grünen Konzept zur Kindergrundsicherung

Bündnis 90/Die Grünen haben ein neues Konzept für eine Kindergrundsicherung entwickelt. Vom Bündnis Kindergrundsicherung wird das Konzept der Grünen als wichtiger Beitrag zur Diskussion um die Reform der Kinder- und Familienförderung begrüßt, da es viele Bestandteile des Modells des Bündnis Kindergrundsicherung enthält. Als positiv bewertet das Bündnis vor allem die geplante, lange überfällige Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums, nennt aber auch Kriterien, an denen sich ein Konzept für eine Kindergrundsicherung messen lassen muss. Kern der Kindergrundsicherung soll ein Garantiebtrag von 280 Euro im Monat sein, der nach einer einmaligen Zustimmung der Familie regelmäßig überwiesen werden soll. Diese Summe ersetze Kindergeld und Kinderfreibetrag und sei unabhängig vom Alter des Kindes und der Einkommenshöhe der Eltern. Ziel sei es, allen Kindern faire Chancen für einen guten Start ins Leben zu ermöglichen.

[»weiter zum Beitrag](#)

Best Practice Abfrage

In der Themenperiode 2018/19 behandelt das Bundesforum Familie das Thema „Partizipation, Demokratie und Familie“. Wie auch in den letzten Jahren soll eine Abschlusspublikation entstehen, die das Thema nicht nur theoretisch beleuchtet, sondern auch Impulse und Beispiele liefert, die für Ihre tägliche Arbeit relevant sind und die Möglichkeit gibt, sich vertieft mit dem Thema auseinanderzusetzen. Zur Konkretisierung der Abschlussbroschüre bittet das Bundesforum um die Einsendung von Projektbeispielen. Wenn Sie in Ihren Organisationen Projekte zum Thema „Partizipation, Demokratie und Familie“ realisiert haben, bitten wir Sie uns diese zu melden. Die Projektbeispiele werden teilweise in der Broschüre abgedruckt, eine vollständige Liste wird auf der Website des Bundesforums zu finden sein. Gerne können Sie Ihre Projekte der Bereichsleitung unter sahin@paritaet-bw.de melden. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

» weitere Informationen zum Bundesforum Familie

Anfrage des Deutschen Jugendinstituts zum Thema Online-Paarberatung

Seit Mai 2019 hat am Deutschen Jugendinstitut im Auftrag des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ) ein Projekt zur Bestandsaufnahme von Online-Paarberatungsangeboten begonnen. Zentrales Ziel ist hierbei die onlinebasierten Paarberatungs-Angebote in Deutschland zu erfassen und strukturell darzustellen – auch um deren familienpolitischen Stellenwert einschätzen zu können. Ausführlichere Informationen zu dem Projekt finden Sie auch auf der Webseite des DJIs. Das DJI hätte Interesse über bestehende Paritätische Beratungsangebote (überblicksartige) Informationen zu beziehen (z.B. Übersicht zu regionalen Verortung der Beratungsstellen oder Überblick zu onlinebasierten Angeboten in diesem Bereich). Falls Sie das DJI unterstützen und Informationen aus Ihrem Landesverband weitergeben möchten, bitte Rückmeldung an:

Anja PilsI

Wissenschaftliche Referentin
Fachgruppe Familienpolitik und Familienförderung
Abt. Familie und Familienpolitik
Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München Tel.: 089 / 62306 - 369 E-Mail: pilsI@dji.de

» weiter zum Beitrag

Handreichung zum Umgang mit der AfD

Zur Umsetzung des PARITÄTISCHEN Positionspapiers zu "Rechtsextremismus und Umgang mit der AfD, insbesondere in Wahlkampfzeiten" ist eine Handreichung mit Hilfestellung und Tipps erschienen. Die Broschüre kann auf unserer Website herunter geladen werden. Wenn Sie Interesse an einer Printversion haben, melden Sie sich bitte bei Frau ?ahin unter sahin@paritaet-bw.de

» weiter zum Beitrag

Titel

[»weiter zum Beitrag](#)

Stellungnahmen & Pressemeldungen

10 Jahre Bündnis Kindergrundsicherung: Kein Grund zum Feiern

Anlässlich seines 10-jährigen Bestehens zieht das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG Bilanz und stellt fest: Die Forderung nach einer wirksamen und unbürokratischen Leistung, die Kinder aus der Armut holt, ist aktueller denn je. Die Kinderarmut ist weiterhin hoch, trotz guter Wirtschaftslage und niedriger Arbeitslosigkeit. Zwar gab es in den letzten Jahren kleinere Verbesserungen, und das Bewusstsein für das Problem Kinderarmut wächst, eine echte Reform blieb aber aus. Auf dem Armutskongress 2019 hat das Bündnis eine Erklärung unterzeichnet und symbolisch einen Kuchen neu verteilt, um die Frage nach sozialer Gerechtigkeit für alle Kinder neu zu stellen.

[»weiter zum Beitrag](#)

Kinderzuschlag für Alleinerziehende

Erstmals erhalten auch Alleinerziehende den Kinderzuschlag, die Unterhalt für ihre Kinder bekommen oder Unterhaltsvorschuss beziehen! Der VAMV begrüßt ausdrücklich, dass der Bundestag seine Forderung aufgegriffen hat, den sogenannten 100-Euro-Deckel aus dem Starke-Familien-Gesetz zu streichen. Von der Verbesserung können nun auch Alleinerziehende mit älteren Kindern profitieren.

[»weiter zum Beitrag](#)

Wohngeldreform löst nicht die Probleme von Alleinerziehenden auf den Wohnungsmärkten!

"Wer wenig verdient und nach einer Trennung mit seinen Kindern umziehen muss, konkurriert vor allem in Großstädten mit vielen anderen um viel zu wenige Wohnungsangebote im unteren Preissegment. Einelternefamilien mit nur einem Erwerbseinkommen haben es gegenüber Paarfamilien bei der Wohnungssuche deutlich schwerer. Damit Alleinerziehenden am Ende nicht nur der Platz unter der Brücke bleibt, muss das Angebot an bezahlbarem Wohnraum deutlich ausgeweitet werden" sagt die VAMV-Bundesvorsitzende Erika Biehn. Für die vollständige Pressemitteilung klicken Sie bitte den angegebenen Link an.

[»weiter zum Beitrag](#)

BGH findet keine fairen Lösungen im paritätischen Wechselmodell

"Der Gesetzgeber ist gefragt, faire Lösungen beim Kindesunterhalt im Wechselmodell festzuschreiben. Die derzeitige Rechtslage geht zu Lasten des Elternteils, der vor einer Trennung beruflich zugunsten der Kinder zurückgesteckt hat", mahnt Daniela Jaspers, Bundesvorsitzende des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV). Nähere Informationen entnehmen Sie bitte aus der Website des Verbandes.

[» weiter zum Beitrag](#)

BAGFW zum Masernschutzgesetz

Die BAGFW unterstützt das WHO-Ziel einer Welt ohne Masern, positioniert sich aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für oder gegen eine Impfpflicht. Sie bezieht nichtsdestotrotz Stellung im Hinblick auf die vom Gesetzgeber vorgelegten Pläne, die zu einer Erhöhung der Impfquote bei Kindern führen sollen. Hierbei kritisiert sie insbesondere das Vorhaben, hoheitliche Aufgaben auf Kindertagesstätten, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und weitere Gemeinschaftseinrichtungen und Angebote zu übertragen. für nähere Informationen klicken Sie bitte auf den angegebenen Link.

[» weiter zum Beitrag](#)

Hilfe für Betroffene sexualisierter Gewalt wird fortgesetzt

Betroffene sexualisierter Gewalt im Kindes- und Jugendalter sollen weiterhin Hilfen vom Bund erhalten. Das Bundeskabinett hat heute (Mittwoch) mit dem Bundeshaushaltsentwurf für 2020 beschlossen, dass die Finanzierung des Fonds „Sexueller Missbrauch im familiären Bereich“ fortgesetzt wird. Anträge auf Hilfen an den Fonds können damit weiterhin gestellt werden. Bisher sind rund 11.500 Anträge eingegangen. Vorbehaltlich der Zustimmung durch das Parlament werden die Mittel im Vergleich zu 2019 um 28,4 Millionen Euro auf 45,4 Millionen Euro aufgestockt.

[» weiter zum Beitrag](#)

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Sexualstraftätern

Justizminister Guido Wolf und Sozialminister Manne Lucha arbeiten an einer Bundesratsinitiative des Landes zum besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Sexualstraftätern. Die Bundesratsinitiative zielt darauf ab, die Tilgungsfristen für Sexualdelikte zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen im Bundeszentralregistergesetz zu verlängern. Das soll gewährleisten, dass Jugendämter und Vereine auch dann zuverlässig von einschlägigen Verurteilungen Kenntnis erlangen, wenn diese bereits länger zurückliegen.

Der Landesverband der Kindertagespflege Baden-Württemberg hatte die Initiative gestartet, verurteilte pädophile Straftäter für den Rest ihres Lebens von der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen fern zu halten.

[» weiter zum Beitrag](#)

Titel

[» weiter zum Beitrag](#)

Aus der Kindertagespflege Broschüre "Was bleibt?" aktualisiert

Die Kindertagespflege ist neben den Kindertageseinrichtungen ein gleichrangiges Angebot innerhalb eines qualifizierten, vielfältigen und integrierten Systems der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern. Mit dieser Broschüre möchten wir Sie über die aktuellen Rahmenbedingungen im Tätigkeitsfeld der Kindertagespflege informieren und Ihnen wichtige Tipps und Informationen zur Besteuerung des Einkommens für Kindertagespflegepersonen sowie zu sozialversicherungsrechtlichen Auswirkungen geben.

[» weiter zum Download](#)

Veranstaltungen & Fortbildungen Hohenheimer Tage der Familienpolitik

Die 7. Veranstaltung der Hohenheimer Tage der Familienpolitik zum Thema "Familie und soziale Ungleichheiten – alles beim Alten?" findet vom 22. bis 23. Oktober 2019 im Tagungshaus der Akademie in Stuttgart-Hohenheim statt. Dieses Jahr soll das Thema der sozialen Ungleichheiten auf und fragen nach Entwicklungen und neuen Herausforderungen: In welchen Bereichen konnten Strukturen verbessert werden? Wo wurden Ziele nicht umgesetzt? Welche neuen sozialen Ungleichheiten bringen veränderte Rahmenbedingungen, gesellschaftliche Entwicklungen und neue Familienformen mit sich? Das Programm und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie auf der Website der Akademie unter dem angegebenen Link.

[» weiter zum Beitrag](#)

metoo und wie weiter? - Theorie und Praxis zur Beraterischen Arbeit mit Frauen*, die sexualisierte Gewalt erfahren haben

Die Erfahrung von sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend stellt ein traumatisches Erleben dar, welches oft weitreichende Konsequenzen für die Betroffenen nach sich zieht. Frauen entwickeln individuelle Überlebensstrategien, um mit den traumatischen Erfahrungen umzugehen und sie brauchen kompetente Begleitung und Beratung, um eine Stabilisierung erreichen zu können.

[» weiter zur Anmeldung](#)

Projektförderung

Programm für bürgerschaftliches Engagement und demokratisches Handeln

Mit den Fördermaßnahmen im Bundesprogramm "Zusammenhalt durch Teilhabe" (Z:T) soll ein Beitrag zur Stärkung und Weiterentwicklung der Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements und der Potentiale der Zivilgesellschaft und der Kommunen geleistet werden. Zu diesem Zweck fördert Z:T bundesweit Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus.

Ab 01.01.2020 beginnt eine neue Förderperiode des Bundesprogramms. Für eine Projektförderung können interessierte Vereine und Verbände seit dem 01.07.2019 einen Förderantrag stellen.

Die Projektmaßnahmen werden in drei Programmbereichen durchgeführt. Sie werden ergänzt durch begleitende Maßnahmen, wie Coaching-, Supervisions-, Qualifizierungs- und Vernetzungsmaßnahmen, wissenschaftliche Evaluation und (Forschungs-)vorhaben, welche der Qualitätssicherung, der Weiterentwicklung von Programmangeboten und Projektinhalten sowie dem Transfer und der nachhaltigen Sicherung bewährter Handlungsansätze dienen. Weitere Informationen zur Antragstellung und der Förderbereiche entnehmen Sie bitte aus der Website des Bundesministeriums unter dem angegebenen Link.

[» weiter zum Beitrag](#)

Liz Mohn Stiftung

Wenn Sie kreative Projektideen haben, die das Miteinander von Kindern und Jugendlichen verschiedener kultureller Herkunft fördern, dann bewerben Sie sich ab sofort bis zum 25. September 2019 bei der „Ideeninitiative ‚Kulturelle Vielfalt mit Musik‘“. Die Liz Mohn Kultur- und Musikstiftung unterstützt mit ihrer bundesweiten, jährlichen Initiative die Entwicklung und Umsetzung neuer Projektideen. Hierfür werden Fördermittel von insgesamt 100.000,- Euro zur Verfügung gestellt. Gefördert werden Projektideen von Bildungseinrichtungen, Vereinen und individuellen Akteuren mit gemeinnützigen Partnern gleichermaßen. Es werden auch gezielt Projektinitiativen berücksichtigt, die sich in der Hilfe für Geflüchtete engagieren. Eine Bewerbung ist ausschließlich online unter dem unten angegebenen Link möglich.

[» weiter zur Antragstellung](#)

Demokratie leben

Die aktuelle Förderperiode für alle mehr als 600 Projekte im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ endet zum 31.12.2019. Deswegen wird für die nächste Förderperiode derzeit eine Förderrichtlinie erarbeitet. Für die Phase ab 2020 können sich alle Organisationen für Projekte bewerben, die die jeweiligen Fördervoraussetzungen erfüllen – auch alle derzeit geförderten zivilgesellschaftlichen Träger auf Bundesebene.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt präventiv-pädagogische Arbeit gegen Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere gegen

Rechtsextremismus, islamistischen Extremismus und linken Extremismus sowie Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Es entwickelt zielgerichtete Strategien im partnerschaftlichen Zusammenwirken von Kommunen, Ländern, dem Bund und der Zivilgesellschaft.

[» weiter zum Beitrag](#)

BEREICHNEWS

SIE HABEN FRAGEN ODER MÖCHTEN IN UNSEREN NEWSLETTERVERTEILER AUGENNOMMEN WERDEN?



Schreiben Sie uns einfach eine Nachricht an info@paritaet-bw.de!

IMPRESSUM

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Hauptstr. 28
70563 Stuttgart

Telefon: +49 (0) 711 2155 - 0

Telefax: +49 (0) 711 2155 - 215

E-mail: info@paritaet-bw.de

Vorstand: Ursel Wolfgramm (Vorstandsvorsitzende)

Registernummer / Vereinsregister Stuttgart VR 201

Steuernummer: 99015 / 01556

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Ursel Wolfgramm

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.